

# Nach Zählfehler neu abgestimmt

**HÖXTER** (WB/rob). Der Ärger um die Abstimmung im Rat Höxter am 26. Juni über weitere nicht eingeplante und überraschend hohe Transferleistungen von 183.000 Euro an die Huxarium GmbH (Abschlussrechnung LGS-Planungsbüro) setzt sich fort. Am 14. August berichtete das WB über die Kritik der CDU-Fraktion sowie der Freien Bürgerinitiative (FBI) an der Sitzungsführung von Bürgermeister Daniel Hartmann. Die Stadt Höxter gab eine Stellungnahme in dem WB-Beitrag über das Zählverfahren in der Sitzung ab. Es sei alles korrekt gelaufen, erklärte der Bürgermeister.

Zudem liegt bei der Staatsanwaltschaft Paderborn eine Anzeige der FBI wegen der Ratssitzung vor. Die Staatsanwaltschaft in Paderborn hat nun am Donnerstag (14. August) über Radio Hochstift erklärt, dass keine Ermittlungen nach der Anzeige der FBI aus Höxter wegen der Vorgänge im Rat Höxter geplant seien. Man habe die Fakten überprüft. Bürgermeister Daniel Hartmann waren „unrechtmäßige Abstimmung“ und „Falschdarstellung wirtschaftlicher Tatsachen“ vorgeworfen worden. Das Thema ist jetzt erledigt.

## Kontroverse zwischen den Ratsparteien

Bürgermeister Hartmann hatte in einer Stellungnahme an das WB erklärt, es habe keine dreifache Abstimmung gegeben. Die Niederschrift sei korrekt. Wegen eines Zählfehlers sei aber erneut abgestimmt worden.

Zu den jüngsten Vorwürfen der Freien Bürgerinitiative (FBI) sowie zu den Äußerungen der CDU-Ratsfraktion im Zusammenhang mit der Ratssitzung am 26. Juni 2025 gaben nun auch die Fraktionen von SPD, Grünen, UWG, FDP und BfH 2014 am Freitag eine Stellungnahme ab: Darin heißt es: „Unter Tagesordnungspunkt 8, Unterpunkt 4.8, hat sich der Vorgang exakt so zugetragen, wie er im Ergebnisprotokoll festgehalten ist. Das endgültige Abstimmungsergebnis lautete 19 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen – und dieses Votum wird von niemandem in Frage gestellt. Es wurde in der Sache lediglich eine ordnungsgemäß abgeschlossene Abstimmung durchgeführt. Bereits während der ersten Auszählung stellte der Bürgermeister eine



Das Weser-Fährboot „Flotte Holli“ war 2023 während der Weserbrückensperrung in Höxter zwischen Bollerbachmündung und Bootshaus Ruderverein/Freibad Höxter zu Gartenschauzeiten im Einsatz. Das Boot wird jetzt verkauft. Darüber wird am 25. August im Haupt- und Finanzausschuss in Höxter beraten. Die umstrittenen 183.000 Euro zusätzliche Mittel für die Huxarium GmbH wurden in der Juli-Ratssitzung gebilligt. Foto: Michael Robrecht

Unstimmigkeit fest. Ein Abgleich der gezählten Stimmen mit der Zahl der anwesenden Ratsmitglieder bestätigte den Verdacht eines möglichen Zählfehlers. Aus diesem Grund hat der Bürgermeister auch kein Abstimmungsergebnis bekanntgegeben.“

## Staatsanwalt ermittelt nach Anzeige nicht

Nahezu zeitgleich stellte der UWG-Fraktionsvorsitzende Matthias Grothe einen Geschäftsordnungsantrag auf Sitzungsunterbrechung, über den gesondert abgestimmt wurde. Eine Mehrheit dafür kam nicht zustande: „Nach Ablehnung des Geschäftsordnungsantrags wurde die Abstimmung ordnungsgemäß fortgesetzt und mit dem eindeutigen Ergebnis 19 Ja, 17 Nein, 2 Enthaltungen abgeschlossen“, so Grothe. Das Ergebnis sei anschließend durch den Bürgermeister gemäß § 17 Absatz 6 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Höxter bekanntgegeben und gemäß § 25 der Geschäftsordnung korrekt in die Niederschrift aufgenommen worden. „Während der Diskussion und Abstimmung herrschte – insbesondere auf CDU-Seite – erhebliche Unruhe. Ratsmitglieder liefen zwischen den Tischen umher und es kam zu Unmutsbe-

kundungen.“ „Maßgebliche Ursache für die unübersichtliche Situation war die fehlende Diskussionsdisziplin, vor allem auf CDU-Seite“, betont SPD-Fraktionsvorsitzender Günter Wittmann.

„Die aktuellen Vorwürfe fügen sich in eine lange Reihe von Attacken gegen Bürgermeister Hartmann ein, die in den vergangenen Jahren zumeist vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Günther Ludwig ausgingen und jeglicher Grundlage entbehren, meinte die SPD. Diese Art des politischen Umgangs ist für uns keine Art und Weise.“

„Die Stadt erstellt – wie gesetzlich vorgesehen – Ergebnisprotokolle, die den Beschlussinhalt und das Abstimmungsergebnis festhalten. Der detaillierte Sitzungsverlauf mit allen Wortmeldungen wird darin nicht wiedergegeben“, ergänzt Ludger Roters, Grünen-Fraktionsvorsitzender.

Auch die FDP schließt sich dieser Einschätzung an. „Aus unserer Sicht wurde das Verfahren korrekt eingehalten. Die Diskussion um angebliche Unregelmäßigkeiten entbehrt jeder Grundlage“, erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Martin Hillebrand. „Statt den politischen Diskurs auf der Sachebene zu führen,

werden hier haltlose Vorwürfe erhoben, die das Ansehen der Stadt und des Rates beschädigen. Das lehnen wir entschieden ab.“

„Großes Lob an die Staatsanwaltschaft, dass man bei der Behörde den rechtlich haltlosen Sachverhalt unverzüglich zurückgewiesen hat“, so Matthias Grothe, Jurist und Fraktionsvorsitzender der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG).

Aus Sicht von SPD, Grünen, UWG, FDP und BfH 2014 handelt es sich bei den aktuellen Vorwürfen um einen weiteren Versuch, im Zuge des laufenden Wahlkampfes die Huxarium Gartenpark Höxter GmbH und den Bürgermeister politisch zu beschädigen. „Das von Landrat Michael Stickeln und den Fraktionsvorsitzenden der Kreisparteien eingeforderte faire Verhalten im Wahlkampf wird damit erneut ad absurdum geführt“, erklärt die Fraktionsvorsitzende der BfH 2014, Barbara Rüstemeier.

## Stellungnahme der BfH-Fraktion

Ralf Dohmann, Fraktionsvorsitzender der BfH, bewertet die Vorgänge in seiner Stellungnahme völlig anders: Er erhob Einspruch gegen die zweite, erneute Abstimmung zu den Mitteln für die Huxari-

um Gartenpark GmbH in der Ratssitzung am 26. Juni. „Bei derart knappen Abstimmungsergebnissen kann nicht mehrmals abgestimmt werden, bis das Ergebnis den Erwartungen entspricht. Wenn eine oder mehrere Personen während einer Abstimmung den Raum verlässt oder verlassen, dann ist dies eine persönliche Entscheidung und hat keinen Einfluss auf die Gültigkeit der durchgeführten Abstimmung. Der Rat ist weiterhin beschlussfähig und dies als Grund anzuführen, um nochmals darüber abstimmen zu lassen, ist nicht richtig. Die erste stattgefundenene Abstimmung - 17 zu 17 und damit Ablehnung der Übernahme der Zusatzforderungen von 183.000 Euro für die Huxarium – ist verbindlich und bindend.“

Ralf Dohmann kritisierte auch, dass in der Ratssitzung am 26. Juni der Großteil der drei Stunden mit der Vordebatte zum Haushaltsplanentwurf 2025 verbracht worden sei und dieser Punkt nicht zu Ende geführt wurde vor den Ferien. Bei der folgenden außerplanmäßigen Ratssitzung im Juli mit Haushaltsabstimmung und den Haushaltsreden hätten dann einige nicht teilnehmen können. Das bedauerte der BfH-Fraktionsvorsitzende.